

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 20. November 2024

§ 299

Motion Hans-Jörg Marti, Nidfurn, und Unterzeichnende «Die Chance nutzen und Umfahrung Netstal-Glarus mit dem Bund planen»

(Bericht Regierungsrat, 1.10.2024)

Hans Schubiger, Netstal, Unterzeichner, votiert für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Dem Regierungsrat ist dafür zu danken, dass er das Anliegen aufgenommen sowie eine Begleitgruppe gebildet hat und aktiv an diesem Thema arbeitet. Eine gute Umfahrung – eine solche endet hinter Glarus – ist für Glarus Süd, aber auch für die Gemeinde Glarus mit den Industriegebieten im Süden wertvoll. Diese werden mit der Verbindungsstrasse im Leimen erschlossen. Diese Motion setzt ein wertvolles Zeichen – für Glarus Süd und den Kanton.

Werner Kälin, Ennenda, beantragt namens der SP-Fraktion die Ablehnung der Motion. – Schön wäre es, wenn eines Tages nur noch wenig Strassenverkehr durch den Hauptort fährt, wenn Glarus eine einzige Begegnungszone wird und Glarus Süd prosperiert. Das passiert aber nicht dank der Umfahrungen. Denn bekannterweise führen mehr Strassen zu noch mehr Stau. Ebenfalls weiss man, dass die Wirtschaft nicht weitere Jahrzehnte auf Lösungen warten kann, die schlussendlich keine sind. Und auch wenn mit grundsätzlicher Kritik an den Umfahrungen kein Blumenstrauss gewonnen werden kann, muss sie jemand äussern. Es braucht jetzt Lösungen für die Probleme mit dem Strassenverkehr – für die Wirtschaft, für Glarus Süd und für den Hauptort. Diese Motion löst jedoch kein einziges Verkehrsproblem; man bleibt damit garantiert auf allen Ebenen im Stau stecken. Will der Landrat tatsächlich solidarisch mit Glarus Süd, mit dem Hauptort und mit der Wirtschaft sein, ist den Menschen jetzt offen zu sagen, dass ihre Mobilität im Glarnerland weder von den Umfahrungen noch vom eigenen Auto abhängen. Ebenfalls sollte jetzt das lokale Autogewerbe für die mobile Zukunft fit gemacht werden; diese Transformation ist mit Innovationsförderung zu begleiten. Das alles öffnet den Fächer zur Bestvariante: die Verkehrswende. Diese erfordert keine neuen Strassen, sondern eine effizientere Nutzung der bestehenden Infrastruktur. Wie ineffizient diese genutzt wird, ist aktuell jeden Abend sichtbar. Die meisten Leute sitzen alleine im Auto. Es ergibt keinen Sinn, jetzt eine Aufgabe zu erteilen, die noch grössere Verkehrsprobleme zur Folge haben wird.

Cinia Schriber, Mitlödi, gibt namens der Fraktion der Grünen / Jungen Grünen eine Protokoll-erklärung ab. – Für die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen ist es wichtig, dass das Projekt Umfahrungsstrasse den demokratischen Prozess durchläuft und diesem nicht entzogen wird. Die Glarnerinnen und Glarner sollen schon zu einem frühen Zeitpunkt darüber mitbestimmen dürfen. Die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen erwartet deshalb vom Regierungsrat, dass

er in seiner Strategie die politische Mitbestimmung gewährleistet. Das ist problemlos möglich, sofern der Wille dazu vorhanden ist. So dürfte auch diese Variante der Umfahrung Teile beinhalten, die der Kanton finanzieren muss. Die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen würde sich wehren, sollte die Landsgemeinde vor vollendete Tatsachen gestellt oder eine Salamtaktik angewendet werden. Diese möchte zudem betonen, dass eine Umfahrungsstrasse nur dann Sinn ergibt, wenn die Hauptstrasse in den belasteten Dörfern Netstal und Glarus umfassend und konsequent zurückgebaut wird. Die Umfahrung ist nur dann eine Chance, wenn Glarus wieder durchgehende Plätze erhält, Fussgängerzonen geschaffen werden und die Innenstadt ihr ganzes Potenzial entfalten kann. Letzteres ist nur möglich, wenn der Autoverkehr aus der Stadt verbannt wird. Das ist dem Bund unbedingt mitzugeben. Die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen verlangt, dass die Strategie des Regierungsrates diesen Anliegen genügend Beachtung schenkt. Wenn einfach eine zusätzliche Strasse gebaut werden soll, wird sie sich wehren.

Mathias Vögeli, Rüti, spricht sich für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates aus. – Der Strassenverkehr im Kanton Glarus ist ein Trauerspiel. Seit über 50 Jahren spricht man von Umfahrungen, damals sogar von Schnellstrassen. Nichts wurde erreicht. Wenn man das damalige Verkehrsaufkommen mit dem heutigem vergleicht, kommt man zum Schluss, dass es so nicht mehr weitergeht. Dass Menschen in den zersiedelten Gebieten – vor allem in Glarus Süd, aber teilweise auch im Norden – allesamt auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, ist illusorisch. Der Kanton braucht ein gutes Strassennetz, um die Unternehmen und die arbeitswilligen Leute befriedigen zu können. Letztere sollen in einer vernünftigen Zeit zur Arbeit und wieder nach Hause gelangen können. Mit der Überweisung der Motion kommt der Kanton vielleicht endlich einmal einen Schritt vorwärts. Es gibt gute Lösungen, wenn die Umfahrung einen grossen Bogen macht. Führt die Umfahrungsstrasse zwischen Netstal und Glarus wieder auf die bestehende Strasse, ist das Chaos in Glarus hingegen perfekt. Dann staut sich der Verkehr einfach dort.

Edwin Koller, Mollis, unterstützt das Votum des Vorredners. – Landrat Mathias Vögeli verwies auf wichtige Punkte. Die Überweisung dieser Motion ist richtig und wichtig. Es gibt ideologische Ansätze. Die sind nachvollziehbar. Sie bringen den Kanton aber nicht weiter. Das Ausführen aller Gegenargumente würde den Rahmen sprengen. Festzuhalten ist, dass die individuelle Mobilität mit dem Auto ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist – auch im Zusammenspiel mit dem öV. Man muss damit aufhören, das eine gegen das andere auszuspielen. Es muss ein Miteinander sein. Das Argument, man sei ohnehin zu spät dran, gilt nicht. Sonst müsste man dieses etwa auch auf die Massnahmen gegen die Klimaveränderung anwenden. Das wäre jedoch falsch. Man muss sich jetzt für die Zukunft vorbereiten und die Weichen richtig stellen. Vielleicht ist man damit nicht der Zeit voraus; aber man kommt ihr mindestens hinterher.

Mathias Zoppi, Engi, spricht sich für den Antrag des Regierungsrates aus – auch als Ständerat. – Es geht bei dieser Motion nicht um einen Grundsatzentscheid über den Bau der Umfahrung Glarus. Vielmehr soll die Planung der Umfahrung Netstal, die der Bund im nächsten Schritt vorsieht, mit der Umfahrung Glarus koordiniert werden. Das ist sehr wichtig. Denn ohne Koordination läuft der Kanton Gefahr, dass der Bund die Umfahrung Netstal baut, sich der Kanton die Umfahrung Glarus aber nicht leisten kann. Das würde dazu führen, dass die heutige Situation bei der Querspange in Netstal in einer grösseren Dimension am südlichen Ortseingang von Glarus entstehen würde. Die bisherige Strategie würde zudem dazu führen, dass der Grünstreifen zwischen Netstal und Glarus mit einem riesigen Strassenbauwerk zerschnitten würde – bei einem Bau einer Umfahrung Glarus sogar doppelt. Es gäbe eine Konzentration auf einen Punkt zwischen Glarus und Netstal. Der Regierungsrat und die Bundesparlamentarier verfolgen eine Strategie, die eine Koordination mit dem Bund vorsieht. Das resultierende Projekt soll am Schluss in einer Gesamtbetrachtung Sinn ergeben. Dazu gehört auch, dass die Chance einer Umfahrung genutzt und die Lebensqualität in den Dörfern erhöht wird. Mit der Überweisung der Motion gibt der Landrat klar zum Ausdruck, dass er die

Strategie, gemeinsam mit dem Bund die besten Lösungen zu prüfen, unterstützt. Er sagt damit noch nicht, dass die Strasse gebaut wird oder nicht.

Ruedi Schwitter, Näfels, lehnt die Motion namens der GLP-Fraktion ab. – Die GLP-Fraktion ist nicht aus ideologischen Gründen gegen eine gemeinsame Planung einer grossen Umfahrung von Netstal und Glarus durch Bund und Kanton. Sie schaute sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieses Projekts genau an und kam schliesslich zur Überzeugung, dass ein grosser Bogen weder den Kantonshauptort vom Verkehr entlastet noch der Gemeinde Glarus Süd jene Impulse verschafft, welche die Motionäre wahrscheinlich im Fokus hatten. – Der Kanton befasst sich aktuell mit dem Entlastungspaket 2025. Insbesondere die geplanten Einsparungen im Bildungsbereich sind schmerzhaft. Gleichzeitig zusätzliche Ressourcen – es geht um Stellenbegehren für Spezialisten – für ein Infrastrukturprojekt zu sprechen, das im besten Fall die Planungskosten zwischen Bund und Kanton teilt – der Teiler ist bis heute unbekannt – läuft den Sparbemühungen des Regierungsrates diametral entgegen. – Wie die Motionäre zum Schluss kommen, Bundesrat Albert Rösti habe signalisiert, dass sich der Bund über den Netzbeschluss hinaus an den Kosten beteiligen könne, ist schleierhaft. Dieser wird in der Motion wie folgt zitiert: «Die Planung und Finanzierung der Umfahrung Glarus bleibt Aufgabe des Kantons.» Auch wenn die gewünschten Synergien genutzt werden können, wird eine entsprechende Planung mehrere Millionen Franken kosten. Der Kanton kann diese Ausgaben schlicht nicht finanzieren, ohne die Steuern zu erhöhen. – In der Antwort auf die Interpellation der GLP-Fraktion zu den erwarteten Bau- und Unterhaltskosten der Umfahrung Glarus sprach der Regierungsrat von rund 400 Millionen Franken Investitionskosten und jährlich wiederkehrenden Unterhaltskosten von 4,6 Millionen Franken. Gemäss Bundesrat Albert Rösti hat der Kanton diese Kosten zu tragen. – Die erwartete Entlastung von Glarus wird mit rund 40 Prozent beziffert. Leider fehlen aktuelle Verkehrszählungen, welche diese Behauptung untermauern könnte. Die tatsächliche Entlastung dürfte eher kleiner sein. Glarus ist im Gegensatz zu Netstal oder Näfels nicht vom Durchgangsverkehr geplagt. Der Hauptort leidet unter dem sogenannten Zielverkehr. Das sieht man gut, wenn man sich einmal die Mühe macht und einen Tag lang beim Ortseingang von Mitlödi den Verkehr beobachtet. – Der Regierungsrat stellte im Budget 2025 immerhin 45'000 Franken ein. Ein zehnmal kleineres Projekt mit mindestens zehnmal höheren Planungskosten durfte man selbst begleiten. Umgerechnet auf die 400 Millionen Franken Investitionskosten geht es um mindestens 4,5 Millionen Franken Planungs- und Koordinationskosten, die der Kanton im Minimum zu tragen hätte.

Toni Gisler, Linthal, spricht sich für Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates aus. – Landrat Ruedi Schwitter argumentierte vor allem aus finanzieller Sicht. Die Kosten müssen jedoch gesamthaft betrachtet werden. Auch die Probleme mit der Querspange bzw. die Stauzeiten mit den Verzögerungen während der ganzen Woche führen zu Kosten. Diese haben inzwischen gewaltige Ausmasse angenommen. Das Thema muss deshalb auch einmal aus der Perspektive der Wirtschaft betrachtet werden – aus der Sicht jener, die im Kanton Glarus noch bereit sind, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und Geld zu investieren. Solche Leute gibt es noch, trotz der miserablen Erschliessung. Die Verkehrsprobleme der letzten Zeit haben negative wirtschaftliche Auswirkungen. Die bürgerlichen Parteien Die Mitte, FDP und SVP trafen sich vor zwei Wochen zu einem Austausch mit dem Gewerbeverband und der Handelskammer. Die Verkehrssituation ist derzeit das dominierende Problem für die Industrie, das Gewerbe und die grösseren Unternehmen – gerade für jene, die ausserkantonale tätig sind. Von den Arbeitnehmenden, die täglich mit dem Auto pendeln, ist noch nicht einmal die Rede. Es gibt bereits Rückmeldungen von grossen, namhaften Unternehmen, die in Glarus produzieren, die mittlerweile Chancen nutzen und Arbeitsplätze nach Glarus Nord verlagern. Denn viele Arbeitnehmende wollen sich den täglichen Stau nicht mehr antun. Mit Blick auf die Haltung der GLP-Fraktion stellt sich die Frage, wo das liberale Gedankengut zugunsten der Wirtschaft geblieben ist. Der Landrat hat über die Kosten für die Wirtschaft zu diskutieren, nicht über irgendwelche Nebensätze in einem Artikel. – Lehnt der Landrat die Motion ab, sendet er ein miserables Zeichen nach Bern, an Investoren und in Richtung der

Gemeinde Glarus Süd. Diese ist auf eine möglichst schnelle, moderne Erschliessung angewiesen. Eine solche ist heute nicht gewährleistet. – Landrat Ruedi Schwitter erwähnte, dass eine Stelle geschaffen werden müsse. Normalerweise ist man selbst auch nicht für die Schaffung zusätzlicher Stellen. Was im vorliegenden Fall aber mit dieser Stelle für die Zukunft erreicht werden kann, ist beachtlich. Es ist an die Zukunft, an die Arbeitsplätze, an die Pendlerinnen und Pendler, die dem Kanton als Steuerzahlende erhalten bleiben sollen, zu denken.

Regierungsrat *Thomas Tschudi*, beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Diese Motion wird das Verkehrsproblem tatsächlich nicht von heute auf morgen lösen. Die Probleme auf der Strasse sind aber auch nicht erst gestern entstanden, sondern vor einiger Zeit. Andere Randregionen trafen die entsprechenden Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt. Im Prättigau fährt man beispielsweise durch kein einziges Dorf mehr. Trotzdem leben die Dörfer; Unternehmer können Arbeitsplätze generieren. Im Glarnerland sind die Probleme vielschichtig. Die Arbeitgeber können ihre Stellen aktuell nicht mehr besetzen. Die Glarner Unternehmen sind bei Aufträgen ausserhalb des Kantons nicht mehr konkurrenzfähig. Den Gewerblern bricht die Kundschaft weg, weil diese in den Abendstunden nicht mehr nach Glarus fahren will. Diese Probleme müssen gesamtheitlich angegangen werden, auch wenn das nicht von heute auf morgen möglich ist. Der Regierungsrat arbeitet an Lösungen, was hoffentlich auch spürbar ist. Letztlich ist es eine Tatsache, dass das Verkehrsaufkommen stark zugenommen hat, während die Infrastruktur mehr oder weniger die gleiche blieb. In Netstal gibt es sogar weniger Kapazitäten als noch vor zwei Jahren. Es ist klar, dass bei höherem Verkehrsaufkommen bei gleicher oder weniger Kapazität Probleme entstehen. Daran muss man zukunftsgerichtet arbeiten; es ist das Zeichen zu setzen, das etwas geht. – Tatsächlich ist ein Entlastungspaket auf dem Weg. Der Regierungsrat hofft, dass ihm der Landrat folgt. Aber bei jedem Sparen braucht es auf der anderen Seite ein Zeichen, dass es weitergeht. Der Kanton darf sich nicht totsparen. Dieses Zeichen müssen die Wirtschaft und die Bevölkerung erhalten. Der Kanton muss weiterhin interessant bleiben für neue Investitionen. Es geht vorliegend um eine Stelle und 45'000 Franken im Budget 2025. Diese Mittel werden eingesetzt, um mit dem Bund eine optimale Umfahrungslösung für Netstal und Glarus planen zu können. Der Regierungsrat soll mit den Bundesparlamentariern daran arbeiten können, um statt einem Flickwerk eine gesamtheitliche Lösung zu erreichen.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Kälin mit 41 zu 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Motion ist überwiesen.